

Qualitäten
Nr. 2.90, 4.20,

rt 2.

s-Verein.

en 6. Febr.:
Versammlung.
e Versammlung findet
27. d. Mts. statt.

en-Verein.
Abend Ge-
be für beide
m Vereinslo-

kelpaed.

7. Februar, Abends

ische Sitzung.
Der Präsident.
und Niederbächer nicht

= Kaffer.

ntag Abends 8 1/2 Uhr
Sitzung
ein
Der Hauptling.

Schleppboot.

Sonntag den 6. cr.:

6. Märzische
Sitzung.
Der Kapitain.

holischer
rker-Verein
herten.

Abends 5 Uhr, Auf-

romantischen Ritter-

entrene"

oder

von der Rosen

aus der Mitte des

is von R. Behrle,

Warrer.

ausen werden durch

ang ausgefüllt. Bei

schluß des Schauspiels

er.

der Plätze:

1. Platz

2. Platz

3. Platz

4. Platz

5. Platz

6. Platz

7. Platz

8. Platz

9. Platz

10. Platz

11. Platz

12. Platz

13. Platz

14. Platz

15. Platz

16. Platz

17. Platz

18. Platz

19. Platz

20. Platz

21. Platz

22. Platz

23. Platz

24. Platz

25. Platz

26. Platz

27. Platz

28. Platz

29. Platz

30. Platz

31. Platz

32. Platz

Nr. 29.

Montag, 7. Februar (Romuald)

1881.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Eich.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: F. W. Schmü.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile ober-
deren Raum 15 Pf. = 1 1/2 Sgr.

Fruchtpreise zu Neuß am 7. Februar.				
Weizen	1. Qual.	22 10	Hafer	14 50
	2. "	21 10	Rüben (Avel)	—
	3. "	—	Map 1. Qual.	27 —
Landroggen	1. Qual.	20 90	" 2. Qual.	25 50
	2. "	19 90	Kartoffeln	5 50
Winter-Gerste	1. Qual.	16 30	Heu	10 —
Buchweizen	1. Qual.	19 —	Roggenstroh per Schock	—
	2. "	18 —	a 600 Kio.	43 —
Weizen und Roggen niedriger.				
Rübsl per 100 Kilo in Partien von 100 Ctr. . . .			58	—
Rübsl per 100 Kilo laßweise			60	—
Reinigtes Del per 100 Kilo 3.— M. höher als Rübsl.			—	—
Preßkuchen per 1000 Kilo			150	—
Weizen-Vorfuß 00 per 100 Kilo			32	—
Kleien per 50 Kilo			5	80
Rübsl und Kuchen unverändert.				

Landtagsverhandlungen.

CPC. Berlin, 4. Febr. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war vor Allem dadurch von besonderem Interesse, daß Fürst Bismarck in die Debatte eintrat. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der ersten Beratung des Verwendungsgesetzes. Der national-liberale Abg. von Gynern erklärte sich mit dem Zweck der Vorlage, soweit sie die schwer belasteten Kommunen erleichtern wolle, einverstanden, glaubt aber nicht, daß diese Erleichterung auf dem vorgeschlagenen Wege erreicht werde. Es werde nur eine ungleiche Verteilung der Lasten dadurch herbeigeführt werden; gerade die ärmeren Gemeinden würden am wenigsten entlastet. Die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kreise werde einen heftigen Interessenkampf hervorrufen; viele Kreise würden mehr erhalten als sie zu leisten hätten. Zu helfen wäre den Gemeinden nur durch gerechtere Verteilung der Leistungen aus Staatsfonds. Auch der Abg. v. Redlich war mit dem Zweck der Vorlage einverstanden, die er für den ersten Schritt in der Steuerreform und für geeignet hielt, die Klarheit zu schaffen, welche nöthig ist, wenn der Reichstag die zu einer gründlichen Erleichterung unerlässlichen Mittel bewilligen solle. Der Weg aber, den die Regierung einschläge, sei nicht voll zu billigen, durch den gänglichen Wegfall der 4 untersten Klassensteuerebenen würden Viele entlastet, die es nicht nötig hätten, und Viele blieben belastet, die der Erleichterung bedürften, da die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken so sehr verschieden seien. Die Arbeiterbevölkerung müsse durchweg befreit werden. Es sei eine sachgemäße Degression der Klassensteuer, erhebliche Erleichterung in den unteren Klassen, Steigerung nach oben nöthig. Die Kommunalsteuern seien bei den Ortsgemeinden am trübseligsten, die Ueberweisung an die Kreise bewirke also die notwendige Erleichterung nicht, oder es müßten die Kreise die Lasten der Gemeinden übernehmen. Die Schullast müsse der Staat übernehmen. Die Ueberweisung der höheren Stufen der Klassensteuer an die Kreise sei nicht zu empfehlen, man möge erst abwarten, wie sich die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer mache. Finanzminister Bitter betonte, daß die Regierung mit der Vorlage vor Allem beabsichtige, die Ziele klar zu legen, die sie mit der Steuerreform verfolge: Entlastung der unteren Klassen von der Personalsteuer und Erleichterung der Kommunen. Dies sei auch klar zu legen schon des Reichstages wegen, der nicht eher Mittel zu weiterer Reform bewilligen werde. Weiter suchte Redner die einzelnen Einwände der Vorredner als unbegründet hinzustellen, erklärte sich aber bereit, etwaige Verbesserungsverschlüsse zu prüfen bzw. anzunehmen, und betonte schließlich, daß die Regierung sich entschieden dem Verluße widersetzen müsse, der Vorlage in der Kommission ein stiller Grab zu bereiten. Sodann erhob sich Abg. Richter zu einer zweifelhafte Rede. Das von den Offizieren in Aussicht gestellte „klare Ereignis“, als welches das Verwendungsgesetz gelte, so meinte er, habe bei den Nachwahlen seinen Zweck nicht erreicht, der Fortschritt sei nicht reich geblieben. Der Hauptpunkt bei dem Gesetz sei vermissen, denn wo sei die Aussicht, daß man vom Reichstage 110 Mill. bewilligt bekomme. Stempel-, Brau- und Wehrsteuer würden nicht genügen, und gegen eine Erhöhung der Tabaksteuer sei der Reichstag durch seine Resolution gebunden. Das Gesetz sei auch nicht nöthig, vom konstitutionellen Standpunkt und vom Standpunkt der Sicherheit der richtigen, einsigen Verwendung der Reichs-Neuern, da man schon ein Verwendungsgesetz im v. J. gemacht habe. Die Entlastung werde in den Vorbergrund geschoben, aber das Bild sei längst nicht mehr so, wie es der Reichskanzler in seiner bekannten Rede vom 2. Mai 1879 ausgemalt habe. Jetzt werde viel weniger geboten und viel mehr verlangt, immer seien neue Steuerprojekte gekommen und alle Tage könnten neue kommen. Das jetzige Programm der Konservativen sei ein ganz anderes, als das damals vom Reichskanzler entwickelt, ja es durchkreuzt dasselbe. Nach dem Finanzprogramm des Reichskanzlers hätten fast keine direkten Steuern mehr übrig bleiben sollen, die Konservativen wollten keine Abtragung, sondern nur einen Ausbau und eine Reform innerhalb derselben, ja noch eine Kapitalrentensteuer hierzu und so gebe es noch eine Reihe von Gegenständen. Der einzige Uebereinstimmungspunkt sei der Grads der unteren Klassensteuerebenen, und da seien die Konservativen selbst noch nicht einig. Warum noch indirekte Steuern, da das Programm auf einen Ausbau der direkten ausgeht?

Redner kritisierte sodann das Rauchhaupt'sche Programm, mit dem er nur so weit vollständig einverstanden war, als es Erleichterung der unteren Klassen bezweckt; in mancher Hinsicht

werde dasselbe das Gegentheil erreichen von dem, was man beabsichtige, namentlich würde der Grundbesitz nicht entlastet werden und die Kapitalrentensteuer nicht den erwarteten Erfolg haben. Der Grundbesitz sei gar nicht so belastet, wie man es darstelle, und die Steuern auf demselben müsse man als Äquivalent betrachten für das, was aus öffentlichen Mitteln für den Grundbesitz geschehen sei. Ein Appell an den Egoismus werde zwar einen momentanen Eindruck machen, aber das Landvolk sehe ein, daß die Grundsteuerfrage für Groß- und Kleingrundbesitz verschieden sei, daß ihm nur der Personalsteuererlass nützen könne und daß die liberale Steuerpolitik ihm sehr genügt habe. — Die Ueberweisungstheorie des Verwendungsgesetzes, so führte Redner weiter aus, sei grundsätzlich und könne nur zur Verschönerung führen. Man könne aber gar nicht wissen, wie weit die Neg. an dem Entwurf festhalten werde; nach den Aeußerungen der Presse scheine der Reichskanzler schon die Schul- und Armenlasten auf den Staat übernehmen zu wollen; dabei würden aber namentlich die Armen schlechter wekommen, und die ganze Verwaltung werde theurer sein; der Eifer für das Schulwesen werde bei den Kommunen erlahmen, die Centralisirung werde eine Menge neuer Steuern erfordern. Die Vortheile zeige der Reichskanzler wohl, die Nachteile, immer neue Steuern, niemals. Mit Einführung solcher Grundsteuern schreite man hinter 1848, je hinter 1808 zurück und untergrabe den gesunden Unterbau des Gemeinwesens. Er freute sich, daß der Finanzminister und H. v. Weßell gegen solche Grundsteuern sich ausgesprochen. Bei Entlastung der unteren Stufen komme es vor Allem auf die Aufhebung der Kommunalsteuervorschläge an. Die Staatssteuern drückten gar nicht so sehr in den unteren Klassen, da seien viele Einkommende, in den mittleren Stufen, wo die Familie oft zahlreich sei, liege das drückende. Die geplanten neuen Steuern würden das Volk vor Allen sehr drücken. Wo bleibe da die Schonung der unteren Klassen? Die indirekten Steuern belasteten die unteren Volksklassen; von der Erhöhung der Arbeitslöhne sei dagegen nichts zu spüren. Was von einer solchen berichtet werde, sei erfunden; nicht erfinden sei aber die Zehnerung und Noth; erfinden sei das Wort des Kanzlers: Millionen Portionen von Brod trieben sich im Lande herum; nicht erfinden sei, daß in den Weberdistrikten keine Arbeit sei. Das sei die Wirkung der Volkswirtschaftspolitik des Reichskanzlers; er suche sein Fiasco auszugleichen durch neue Verschreibungen. Heinrich IV. mit seinem Huhn im Laufe sei ein Stümper gegen Bismarck, der Jedem einen Rentenlauf verprieche. Immer neue Steuern, bis das ganze System unter dem Widerwillen des Volkes zusammenbreche. Unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des Hauses nahm darauf der Ministerpräsident Fürst Bismarck das Wort, nachdem er schon während der letzten Ausführungen des Vorredners wiederholt seinen Widerspruch durch Husten und Ausrufe kundgegeben hatte. Er legte die er aber öfter dilatorisch behandelt worden, so daß der Vortheil seiner Pläne sich nicht sofort zeigen konnte, wie er es gern gewollt. Öffentlich werde es mit dem vorliegenden Gesetze nicht ebenso gehen, sonst dürfte eine Nachbesserung in Aussicht zu nehmen sein. Des weiteren warf Fürst Bismarck einen Blick auf unsere landwirtschaftlichen Verhältnisse, besonders die Preussens, und hielt deren Hebung für um so notwendiger, als wir, wenn in Ausland und Nordamerika Wirthen eintreten, in die größte Nothlage gerathen würden. Würde es unseren Landwirthen besser gehen, dann würden auch die ostpreuss. Arbeiter bessere Tage haben. Die Steuern des Gutsherrn betragen im Durchschnitt, wie er aus eigener Erfahrung bezeugen könne, ca 20%, von jedem verkauften Schock Roggen bezahle er allein an Grundsteuer ungefähr 1,50 M. Die Einführung der Grundsteuer vor 18 Jahren sei ein Fehler gewesen, welcher sich jetzt nicht corrigiren lasse. Jedes Einkommen ohne Grundbesitz sei schwer zu veranlagen, während die Einkünfte des Grundbesitzes voll zu übersehen seien. — Die Wehrsteuer liege im Prinzip der Gerechtigkeit und habe mit der Klassensteuer gar nichts zu thun. — Wer nur zwei, wemöglich noch ungeübte Hände habe, müsse durchaus steuerfrei sein. Auch das Schulgeld in der Elementarschule müsse völlig fortfallen — in dieser Beziehung sei den Vorrednern durchaus beizupflichten. Die Gemeinden und die Lehrer würden in gleicher Weise erfreut werden, wenn ein Theil der den Kreisen zumwendenden Summen zur Ablösung des Schulgeldes verwandt würde. — Gerade die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den kommunalen Verbänden zu überweisen: dieser Gedanke sei so vom Finanzminister formuliert, sei aber amendirungsfähig. — Ich empfand nur, äußerte Fürst Bismarck weiter, daß wir in Preußen ein zu großes Maß von direkten gegenüber einem zu geringen Maß von indirekten Steuern haben. Mein Streben ging also dahin, die Erkeren zu verringern auf Kosten der letzteren. Es ist für die Regierung nothwendig, daß entweder Reichstag oder Landtag sich bestimmt ausspreche. Jetzt sagt immer jede dieser Körperschaften, sie wolle der anderen nicht präjudiciren. Wenn Sie aber dieses Gesetz auch ablehnen würden, der Reichstag sieht aus dieser Vorlage in jedem Fall, daß es uns mit dem Versprechen, in Bezug auf die Last der direkten Steuern Erleichterungen herbeizuführen, durchaus Ernst ist. Wenn Sie frühere Aeußerungen der Minister Camphausen und Hobrecht nachlesen, müssen Sie zugeben, daß innerhalb des Finanzministeriums die Continuität durchaus gewahrt ist. Indem der Redner sich sodann gegen einzelne Aeußerungen des Abg. Richter wandte, bedauerte er, daß ein so geistvoller Mann wie Abg. Richter, wenn er immer zwischen Häusern, Straßen und Zeitungen lebe, so unpraktische Ansichten haben könne. (Gelächter). Wir können kein fertiges Steuerprogramm, welches in allen Punkten ausgearbeitet wäre, vorlegen, nur schritt-

weise läßt sich etwas erreichen, wenn wir nur in der Richtung bleiben und merken, daß wir überhaupt vorwärts kommen, können wird schon befriedigt sein. Nach Einführung der Zollreform sind die Verhältnisse im Lande entschieden besser geworden, mit der gegentheiligen Behauptung steht Hr. Richter isolirt da. Den Tabak anlangen, scheue ich mich nicht offen zu bekennen, daß ich der Ansicht bin, er vermag mehr abzuwerfen und muß später auch mehr abwerfen als bisher. Den finanziellen Werth dieses Objektes haben auch die Herren Delbrück und Camphausen nicht verleugnet. Auch jeder Gegner, wenn er heute Minister würde, müßte das zugeben. An parlamentarische Kämpfe bin ich gewöhnt, und ich fürchte mich nicht vor ihnen. Ich werde dem Vaterlande dienen, denke an keinen Rücktritt und werde an meinem Plaze bleiben, bis Se. Majestät mich abruft. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich habe übrigens in wirtschaftlichen Dingen meine Ansicht nicht geändert, früher verließ ich mich auf Hr. Delbrück, und erst als dieser von seinem Posten trat, war ich gezwungen, mir selbst eine Ansicht in diesen Dingen zu bilden. — Auch auf die Verdächtigungen, daß er seine Standes- oder Besitzinteressen durch die neue Wirtschaftspolitik habe fördern wollen, kam Fürst Bismarck zu sprechen; er meinte, er sei durch die Gnade Sr. Majestät reich genug, um gegen solche Insinuationen geschützt zu sein, und schloß mit der Bitte, den Weg zur Entlastung der untersten Volksstufen durch Annahme dieses Gesetzes zu betreten. Darauf legte Abg. Frhr. v. Huene den Standpunkt des Centrums dar. Der Punkt, in welchem Fürst Bismarck dem Abg. Richter seine besondere Uebereinstimmung ausgesprochen hat, erscheint mir gerade am bedenklichsten: wir können die absolute Lösung des Lehrers und der Schule von der Gemeinde durch aus nicht billigen, auch darin kann ich dem Hrn. Reichskanzler nicht Recht geben, daß ein Abg. hier ohne jede Verantwortung auftritt, wir haben vielmehr eine schwere moralische Verantwortung gegenüber dem Lande, dessen Interessen wir zu vertreten haben. Was unsere Stellung zum Reichstage anlangt, so ist es richtig, durch dieses Gesetz wird die Regierung für den Reichstag gebunden, sonst aber niemand, wenn er sich nicht binden will. In der ersten Lesung des Stats, habe ich es bereits ausgesprochen, daß unsere Partei hier nicht identisch ist mit der Centrumsfraction des Reichstages, wenn wir auch hier sowohl als dort bezüglich der Steuer- und Wirtschaftspolitik auf ganz anderem Standpunkte stehen, wie die Abg. Richter und Richter. Wir erkennen an, daß die wirtschaftlichen Verhältnissen in Folge der eingeschlagenen Politik sich gebessert haben. Bezüglich der Steuern ist unser Ziel eine gerechtere Verteilung und weniger Druck. Darum aber dürfen wir in der Liebhaberei für die direkten Steuern nicht zu weit gehen, denn auch diese müssen schließlich vom Volke aufgebracht werden. Wir sind bereit, die Steuerreform im Reich und in Preußen durchzuführen: das Reich hat die Aufgabe, die indirekten Steuern durchzuführen, Preußen soll durch den Erlaß an direkten Steuern einen Ausgleich herbeiführen. Es ist vielleicht das Wichtigste, die Art, wie diese Ausgleichung statzufinden habe, zu fixiren, ehe man im Reich dazu übergeht, neue Steuern zu bewilligen. Es ist gesagt worden, die neuen Steuern, die im Reich aufgebracht werden, müßten unverändert an Preußen übergeben werden. Da aber liegt eine Lücke, die ein preuss. Gesetz nicht ausfüllen kann, da durch ein solches das Reich nicht vinkulirt wird. Verubigend hat in dieser Beziehung die heutige Erklärung des Fürsten Bismarck gewirkt, daß neue Steuern im Reich lediglich zu Steuererleichterungen in Preußen zu verwenden sind. Das verlangen, ein Theil der Grund- und Gebäudesteuer den kommunalen Verbänden zu überlassen, ist auch von unserer Seite wiederholt ausgesprochen worden, ebenso das Princip, daß die untersten Klassensteuerebenen zu entlasten seien. Ueber die Einzelheiten werden wir in der Kommission debattiren. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß mit diesem Gesetze ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Steuerreform gemacht wird. Wir werden mit objektivem Sinn an den Beratungen der Kommission theilnehmen und hoffen, ohne irgendwie dem Reichstage zu präjudiciren, daß der Erfolg zum Wohle des Landes gerichte wird. — Hierauf verlas das Haus die Fortsetzung der Debatte auf morgen 11 Uhr. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Großes Aufsehen erregt ein Schreiben des Grafen Moltke an den Geh. Rath Blumshli über das Kriegsgesetz. Graf Moltke erwartet eine Verbesserung des Kriegsgesetzes nur von der allmählichen Wölbung der Sitten, nicht von einem codificirten Kriegsgesetz. Er drückt seine Ansichten sehr entschieden aus und äußert sich unter Andern: „Der ewige Friede ist ein Traum und nicht einmal ein schöner Traum. Der Krieg ist ein Element der von Gott eingesetzten Ordnung. Die edelsten Tugenden des Menschen entwickeln sich in demselben: der Muth und die Entschagung, die treue Pflichterfüllung und der Geist der Aufopferung; der Soldat gibt sein Leben hin. Ohne den Krieg würde die Welt in Fäulniß gerathen und im Materialismus untergehen.“ Es liegt sehr nahe, würde aber sehr weit führen, das Für und Wider dieses Gedankens zu erörtern.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Nach den stattgehabten allgemeinen Erörterungen über das Verhältniß des Staates zu den Gesellschaften der verstaatlichten Eisenbahnen ist beschlossen worden, die Liegenschaften

und Gebäude dieser Eisenbahnen von der Staats-, Grund- und Gebäudesteuer in gleicher Weise frei zu lassen, wie solches bei den Liegenschaften und Gebäuden des Staates allgemein geschieht. Demgemäß hat der Finanzminister die Bezirksregierungen veranlaßt, unter Aufhebung der Verfügung vom 12. Juli 1880, die von den verstaatlichten Eisenbahnen bisher erhobene Grund- und Gebäudesteuer für die Zeit vom 1. April 1880 an in Abgang zu stellen, beziehungsweise die etwa bereits gezahlten diesfälligen Beträge zu erstatten.

Aus Baden. 1. Febr. Vor längerer Zeit wurde gemeldet, daß die Pfarrkirche und Pfründe zu Blumberg den Altkatholiken zuerkannt wurde. In welcher Weise dies geschehen, erzählt ein Correspondent des V. Beobachters:

Im Jahre 1875 bereits wurde die Kirche den Altkatholiken ausgeteilt durch eine sogenannte Abstimmung. Es wurden nämlich Listen von Haus zu Haus getragen, in welche fünf bis sechs Mal, bis schließlich in Folge von Versprechungen und Drohung mit Dienstentlassung, Capitalverlust u. s. w. die altkatholische Majorität zusammengebracht war; eine mündliche Abstimmung fand nicht statt. Man schaffte den altkatholischen Geistlichen Haller herbei, der schließlich seinen Tod in den Wellen des Bodensees fand. Die Katholiken machten nunmehr ihre Ansprüche auf die Kirche geltend: diesmal fand eine Abstimmung statt auf dem Rathhause in Gegenwart des Oberamtmannes und zu einer bestimmten Stunde. Wer nicht zur bestimmten Stunde „anständig geliebt“ auf's Rathhaus kam, wurde unbarmherzig zu den Altkatholiken gezählt, denn diese hatten nicht nur die Kirche, sondern auch die Pfründe, welche römisch-katholisch bleiben wollten. Das nannte man eine Abstimmung. Trotz alledem blieben die Römisch-Katholiken in der Majorität, aber nur um eine Stimme. Die Folge dieser „Abstimmung“ war, daß durch das Ministerium des Innern noch am Schluß des Jahres 1879 Pfarrei und Kirche in Blumberg den römisch-katholischen Christen zugewiesen wurde. Dieser Beschluß ward aber am 29. Mai wieder aufgehoben, und die Pfarrei den Altkatholiken wieder zugewiesen. Diese hatten nämlich die römisch-katholische Mehrheit angefochten unter dem Vorwande, daß ein Protestant mitgestimmt, und dessen Stimme nach Ausschlag gegeben habe. Dieser sog. Protestant war zwar protestantisch getauft, hatte aber schon von Kindheit an dem katholischen Gottesdienste beigewohnt und die katholischen Sacramente empfangen, und hatte nachträglich noch, um alle Zweifel zu heben, öffentlich das kathol. Glaubensbekenntnis abgelegt. Im Jahre 1875 hatte er auch, wie so manche Andere, sich beibringen lassen, altkatholisch zu stimmen; erst als er für die römisch-katholische Kirche stimmte, wurden diese Bedenken erhoben. Es währte ein halbes Jahr, bis die Entscheidung des Staatsministeriums auf den Recurs der römisch-katholischen Gemeinde erfolgte, welcher endgültig festsetzte, daß die Majorität in Blumberg altkatholisch sei, weshalb ihre Pfarrkirche, Pfarrhaus und Pfarrpfründe auch altkatholisch sein müsse.

Oesterreich.

△ **Wien.** 3. Febr. Bekanntlich spielen auch in unserer alten Kaiserstadt die Juden eine bedeutende Rolle. Wenn auch unser Gemeinderath noch nicht so sehr, wie der Berliner, die Physiognomie einer Synagoge angenommen, so ist doch das jüdische Element stark in denselben vertreten. Da die Neuwahlen in den Gemeinderath in naher Aussicht stehen und Manche um sein bisheriges Mandat bangt, so muß etwas für's Kleingewerbe geschehen. Vor Kurzem wurde nun hier selbst ein „Verein zum Schutze des Gewerbestandes“ gegründet, und wirklich glänzt bereits es, daß gerade die Juden dabei am thätigsten in den Vorbergründen traten und jüdische Gemeinde- und Handelskammerräthe nebst einem Abgeordneten mit 102 Stimmen in den Ausschuss gewählt wurden. Dr. Lueger, jüdischer Gemeinderath, stellte vorgestern den Antrag, Versammlungen in allen Bezirken und Vororten Wiens zu halten, und wurde ein Comité gewählt zur Feststellung und Veranlassung der zu besprechenden Thematika. Kann der Gewerbsmann von den Juden Rettung aus seiner misslichen Lage erhoffen? Leider schläft die katholische Partei, und es wird die Zeit vielleicht recht bald schon kommen, wo man es sehr bedauert, die katholischen politischen Vereine ohne Unterstützung gelassen zu haben.

Aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Antrag Windthorst betreffend Straflosigkeit des Lesens der heil. Messe und der Spendung der Sacramente.

(Fortsetzung.)

Abg. Birkow: Das Wort, welches der Redner am Schluß seiner Rede ausgesprochen, muß ich entschieden zurückweisen. Alle Parteien, mit Ausnahme des Centrums, werden zugeben, daß man die Gefahren einer mißbräuchlichen Anwendung der Gesetze nicht befechtet durch Maßregeln, wie Sie sie wollen. Sie müssen unterscheiden zwischen der Gesetzgebung selbst, und zwischen der mißbräuchlichen Auslegung der Gesetze. Was der Redner vorbrachte von Beschwerden, gehört unter einen anderen Gesichtspunkt und gehört nicht hierher. Werden die Gesetze mißbräuchlich angewendet, so gibt das noch keine Motive ab für das, was uns hier beschäftigt. Legt die Regierung die Gesetze falsch aus, und anders, als sie darf, dann genügt es ja, einen Recurs anzufordern. Wie der Cultusminister einmal ist, wird er schon sein Möglichstes thun. Bereuen Sie also nicht diese Debatten mit Recriminationen gegen einzelne Beamte. Wir sind nicht in der Lage, hier zu Gericht zu sitzen über einzelne Leute. Klagen Sie, — das Recht machen wir Ihnen nicht streitig, aber bringen Sie nicht damit zusammen die Klagen über die Gesetzgebung als solche. Die Gesetzgebung ist, wie Sie wissen werden, von dieser Seite des Hauses nicht so unterstellt worden, wie von anderer. Ich

wiederhole es, was ich schon verschiedentlich im Hause hervorgehoben habe, daß unser Ziel das ist, diese Materie auf dem Boden der Legislative des gemeinen Rechts zu ordnen. In dieser Beziehung begehen wir uns auch mit den Herren auf der rechten Seite, die uns mit ihrer Resolution auf den Boden des Rechts verweisen. Auf dem Boden aber, auf dem die Herren von der Rechten und auf dem das Centrum und die Regierung stehen, können wir uns nicht mit Ihnen einigen, denn das ist der Boden des Landrechts. Aus dieser Stellung resultirt die Fiktion bezüglich der Stellung der Geistlichen, die Fiktion, als ob dieselben als Beamte der Kirche nicht auch Beamte des Staates seien. Ich erkenne das Bedürfnis an, welches die katholische Kirche hat, ihre Beamten loszulösen vom Staate. In diesem Punkte wären wir vielleicht bereit, dem Abg. von Schorlemer Concessionen zu machen. Wo ist denn aber das Centrum gewesen, als es sich darum handelte, eine evangelische Staatskirche zu etablieren und die evangelischen Geistlichen vom Staate nicht loszulösen? Wie man aber auch darüber denken mag, jedenfalls ist anzuerkennen, daß der bisherige Standpunkt der Gesetzgebung nicht aufgegeben worden ist, und daß demgemäß die Beamten der Kirche als Beamte des Staates angesehen werden müssen. Von diesem Standpunkte aus können wir dem Antrag der conservativen Partei nicht zustimmen. Derselbe empfiehlt sich schon nicht durch seine Fiktion, die nämlich eilig angefertigt zu sein scheint und nicht von der sorgfältigen Hand merkt läßt, deren Wirksamkeit bei dem bekannten Antrage v. Mannigrode sich so glänzend bewährt hat. (Hörtgeheul.) Der erste Erwägungsgrund ist zwar ein Grund für den Antrag selbst, sondern erkennt nur an, daß die Nothlage der katholischen Kirche eine sehr schlimme sei, und läßt erwarten, daß sich die Conservativen dem Antrag Windthorst anschließen. (Sehr richtig.) Wir haben keinen Grund, für die gegenwärtige Lage des gegenwärtigen Zustandes zu stimmen. Der gegenwärtige Zustand ist ein ewiges Gähnen und Würgen ohne ein bestimmtes Ziel, das den schwersten Schaden in seinem Gefolge hat. Verständiger als dieses ewige Gähnen wäre es, wenn der Minister schnell den Weg nach Canossa ausführt. (Sehr richtig.) So kann die Gesetzgebung nicht bleiben, wenn wir nicht wollen, daß untergeordnete Beamte, welche in die Kirchenpolitik mit ungeschickter Hand einreifen, willkürlich immer wieder den religiösen Frieden stören. Von einem Nachgeben der Curie ist natürlich keine Rede, da die Curie immer nach Positionen strebt, mit welchen eine regelmäßige Regierung nicht vereinbar ist. (Varm im Centrum.) Das Einzige, was uns helfen kann, ist ein in großen, allgemeinen Zügen auszuführendes, für alle Religions-Gemeinschaften geltendes Kirchenrecht, auf dessen Boden aber allen Confectionen religiöse Freiheit in Glaubens-Angelegenheiten zugehen muß. Wir der Zeit werden wir wohl noch dahin gelangen, ein solches Recht zu erhalten, da wie ich hoffe, auch die Herren von der rechten Seite sich von der Nothwendigkeit desselben überzeugen werden. Ich möchte mir nur noch eine Bemerkung über die Ausführungen des Herrn v. Hellhoff erlauben. Ich erkenne den Freimuth des Herrn, offen für den Antrag Windthorst einzutreten, durchaus an; ich glaube aber, daß seine Motive für seine Stellung nicht richtig sind. Wenn die Maßregeln einen Nothstand hervorgerufen haben, so kann man doch nicht, um denselben zu beseitigen, Denjenigen, welche sich gegen die einzelnen Gesetze vergangen haben und mit den vorgeschriebenen Strafen dafür belegt worden sind, diese Strafen einfach erlassen, sondern muß von Grund aus die Gesetzgebung abändern. Wenn man jetzt, dem Triebe einer über angeblichen Humanität folgend, die römischen katholischen Priester und Bischöfe wieder in Gnaden aufnimmt, so wird die unbarmherzige Gefinnung des katholischen Clerus nur neue Nahrung erhalten. Die Wiederherstellung des Friedens aus Gründen der Humanität, die an und für sich ja sehr schön mögen sein, wird nie von langer Dauer sein. Sie muß auf dem Boden des allgemeinen Rechts erfolgen, das den Evangelischen und Katholiken, den Juden wie den Angehörigen aller anderen Religions-Gemeinschaften gleiche Pflichten auferlegt und gleiche Befugnisse einräumt. (Bravo! links.)

Hierauf wird die Discussion geschlossen. Als Antragsteller erhält zum Schluß noch einmal das Wort der Abg. Windthorst. **Abg. Windthorst:** Der Minister und der Abg. von Bennigsen haben es verwunderlich gefunden, daß ich meinen Antrag wieder eingebracht habe. Das ist doch im parlamentarischen Leben etwas Alltägliches. Als ich den Abg. Jacoby ein Mal aufmerksam machte, daß er eine Rede wiederhole, sagte er: „Sie glauben nicht, was dazu gehört, bis die Wahrheit zum Durchbruch kommt.“ Mein Antrag wird so oft kommen, als es die Geschäfts-Ordnung gestattet. Gutta cavat lapidem. Daß die Presse sich mit meinen Anträgen so lebhaft beschäftigt hat, danke ich ihr, und sage meinen besonderen Dank dem „Reichsboten“, der „Frankfurter Zeitung“ und den demokratischen Blättern aus Süddeutschland, die ein besseres Verständnis für wahre Freiheit haben, als die, welche sich immer als ihre Vertreter aufspielen. Wenn es so fort geht, dann rathe ich dem Minister, bei Zeiten umzuleben, sonst wird er von der öffentlichen Meinung fortgeschwemmt werden. Der Minister hat meine Tabelle als unrichtig bezeichnet. Sie beruht auf Privatquellen, die besser die Verhältnisse beurtheilen als die Bärgermeister. Die Seelsorge, die in manchen Fällen eingerichtet ist, ist nicht als eine genügende zu bezeichnen. Jede Seele, die durch seine Schuld verloren geht, das sollte der Minister bedenken, wird ihm zur Last gelegt werden. Die von ihm angegebene Procentzahl ist schon schlimm genug. Einstimmig hat man heute eingestanden, daß der Friede dringend notwendig sei. Der Sturm-lauf hat für mich ermunternd gewirkt, der Malatoff ist auch nicht in einem Tage erobert, aber gefallen ist er doch. Den Schluß der Rede des Ministers habe ich dahin verstanden, in dem Juli-gesetz liege die Möglichkeit zu neuen Verhandlungen. Das lautet etwas besser als die abweisende Haltung beim Etat, wo man mit verdrängten Armen der zukünftigen Dinge warten wollte. Ich will darauf weiter nicht eingehen, sondern nur versichern, daß ich den Minister verstanden habe. (Hörtgeheul.) Hr. v. Bennigsen hat mit dem Resultat zufrieden, namentlich damit, daß ein liberaler Mann den allerdings nicht geringen Mut gehabt hat, gegen diesen liberalen Ring Front zu machen und ihn zu zerbrechen. Hr. v. Hellhoff wird ohne Zweifel besseren Anklang finden, als Bennigsen und Birkow. (Hörtgeheul.) Er hat die wahren Grundzüge des Liberalismus proclamirt. (Zuruf: Sie wollen ja conservativ sein!) Glauben Sie denn, daß der wahre Liberalismus im Gegensatz zum Conservatismus steht? Ihr Liberalismus ist allerdings jenseitend. Hr. v. Hellhoff wird sich überzeugen,

daß im Centrum mehr Liberale sind, als in den sog. liberalen Parteien. (Hörtgeheul.) Mein Antrag soll angeblich hauptsächlich der Agitation dienen. Wenn Sie ihn annehmen, wird jede Agitation aufhören; lehnen Sie ihn ab, dann wird er allerdings agitatorisch wirken, dann wird das deutsche Volk sich überzeugen, daß das Abgeordnetenhaus sich nicht zu dem Gedanken der Gewissensfreiheit und der freien Religionsübung erheben kann. Hr. v. Bennigsen sagt, der Antrag sei notwendig, weil die Massen müde seien. Nein, es handelt sich hierbei um Aufgaben, die der Kirche von ihrem göttlichen Stifter gestellt sind, um die Aufrechterhaltung unverrückbarer Principien. Wenn der Herr sich von der Einigkeit unserer katholischen Bevölkerung überzeugen will, dann bitte ich ihn, sich nächstens nach Köln, Münster und Breslau zu begeben. Ich verspreche ihm dazu sicheres Geleit. (Große Hörtgeheul.) Mit der Hervorhebung des „evangel. Kaiserthums“ hat Bennigsen einen besonderen Trumpf auszuspielen geglaubt. Ein solches gibt es nicht. Wir haben nur einen erhabenen deutschen Kaiser evangelischer Confection. Der Gedanke von der Nothwendigkeit eines deutschen Kaiserthums ist zuerst in den Reihen des Centrums ausgesprochen: im November 1870 hat zuerst Peter Reichensperger für diesen Gedanken plaidirt. (Zuruf: links! National-Verein.) Der National-Verein ist eine vageabundirende Vereinigung. (Anhaltende Hörtgeheul.) Reichensperger hat jenem Gedanken über in der grobmodernen Vertretung des Norddeutschen Bundes Ausdruck gegeben. Dem Abg. Schmitt (Sagan) erwidere ich, daß das Centrum, welches den Koloß in's Wanken bringen kann, im Hellen ist, und die es schieben, sind die Social-Democraten. Den Abg. Birkow habe ich, wie früher, so auch heute nicht verstanden; wohl habe ich mich aber überzeugt, daß er an der Krankheit der meisten deutschen Professoren leidet, die mit allem, was katholisch, ja was positiv christlich ist, in einen unangenehmen Conflict gerathen. (Hörtgeheul.) Alle die in dieser Gesetzgebung im Oeffentlichen oder Geheimen gearbeitet haben, waren Professoren oder Professoren-Gesellen (Erneuerte Hörtgeheul); die Letzteren sind noch schlimmer als die Erstern. Ich bin erstaunt, daß die Männer, welche sich sonst als Wächter des Rechts und der Freiheit aufspielen und auch jüngst mit ihren Wählern den Beschluß gefaßt haben, gleiches Recht für Alle zu verlangen, uns jegliches Recht verweigern. Wir haben von links kein Entgegenkommen zu erwarten; auch rechts habe ich es nicht gefunden, wie ich erwartet habe, wenigstens ich die beiden ersten Sätze der Resolution begrüße. v. Bennigsen meint, die Wiederholung dieser Angelegenheit vor derselben Kammer sei auffallend. Wie oft haben wir es nicht erlebt, daß zwischen 2. und 3. Lesung unter der Führung Bennigsen's ein Compromiß zu Stande kam, und hierdurch die Annahme einer Vorlage gesichert wurde? (Sehr richtig.) Sollte das bei einer so ernstlichen Sache nicht auch denkbar sein? Wenn aber alle derartigen Versuche abgelehnt werden sollten, dann kann es allerdings dahin kommen, daß, wenn die Hierarchie zerstört ist, Missionare nach Preußen kommen, wie sie jetzt nach China und Japan gehen. (Hörtgeheul.) Glauben Sie sich davor, daß man in deutschen Landen glaube, eine protestantische Majorität unterdrücke die katholische Minorität. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Reichensperger (Köln): M. H.! Ich bebaure, daß die Verlesung es so gefügt hat, daß ich genöthigt bin, mit dem Herrn Redner, welcher soeben gesprochen hat (v. Hammerstein), zu streiten. Ich bebaure das um deswillen, weil so manches, was ich von ihm gehört habe, mir aus der Seele gesprochen war, aber auch nur um deswillen bebaure ich es, weil, wenn nicht er, so doch jedenfalls seine nächsten Freunde und Gesinnungsgenossen gleich bei Beginn des unseligen „Culturkampfes“, dessen glückliche Früchte wir nun ernten, das Unheil voraussehen, was aus der Gesetzgebung erwachsen würde, von vornherein ein Veto, ein Nein dieser Gesetzgebung entgegenzustellen. Und wahrlich, damals gehörte ein großes Maß bürgerlichen Muthes dazu, um von dieser Seite solches Nein auszusprechen. Wir unfererzeit werden es nie vergessen, wir werden den Dank, den wir Ihnen damals geschuldet haben, Ihnen auch fernerhin zollen. Je mehr ich also auf der einen Seite Sympathien fühle für diejenigen verehrten Collegen, als deren Organ Herr v. Hammerstein soeben gesprochen hat, desto mehr muß ich bedauern, daß dasjenige, was er unferem Antrage entgegenstellt, unsere Zustimmung nicht finden kann. Der Herr Abgeordnete hat uns dazu legen versucht, daß der Antrag Windthorst, wenn er hier zur Annahme kommen sollte, der Verwirrung kein Ende machen würde; im Gegentheil, so meinte er, würde dadurch die Verwirrung noch größer. Er hat aus Beispielen zu deduciren versucht. Nur, ich glaube, er hätte daraus den Schluß ziehen müssen, den ich daraus ziehe, wie verzerrend, wie grundverfehrt das ganze System der Maßgesetzgebung ist. Wenn es sogar unmöglich ist, ohne große Verwirrung in dieses System zu bringen, für dasjenige, was dem Seelenheil der katholischen Christen ich darf wohl sagen unentbehrlich ist, Sorge zu tragen, nun, dann ist gewiß das ganze System gerichtet. Zugleich aber ergibt sich aus demjenigen, was wir soeben gehört haben, wie sehr unsere Forderungen sind, wie wir uns Angesichts der Noth, der stets steigenden Noth in den katholischen Landestheilen, bei allen glaubenstreuen Katholiken, wie wir uns vorläufig Angesichts der traurigen Lage, worin wir uns befinden, nur mit dem Allernothwendigsten, mit dem Unabweisbarsten begnügen wollen, natürlich ohne unsere Ansprüche auf die verfassungsmäßige Freiheit der Kirche, wie sie früher bestanden hat, darum irgendwie aufzugeben. Herr von Hammerstein hat, wie mir scheint, ganz richtig gesagt, und es ist das ja auch von hoher Stelle einmal ausgesprochen worden, wir sollten die Principien des Staates und der Kirche nicht gegeneinander in den Kampf führen, sondern ein thätigliches harmonisches Zusammenwirken zu erstreben suchen, das aber ist möglich, ja sehr leicht, es hat das eine 24jährige Erfahrung gezeigt. Warum kann, warum soll es denn nicht wieder wirklich werden? Ganz Recht hat darin Herr v. Hammerstein: Der Papst und die Kirche, welche er für uns als deren oberstes Haupt repräsentirt, der Papst sage ich, kann befehligt werden; er kann niemals unterworfen werden. Nun, wenn die Herren einschreiten, daß der Weg, welchen wir hier in bescheidenster, anspruchsloser Weise beschreiten wollen, nicht der rechte ist, warum führen Sie uns dann freigesetzt nicht auf den rechten Weg? Warum, frage ich, machen Sie nicht positive Vorschläge, welche dahin führen, welche geeignet sind, wenigstens geeignet sind, allmählich dem schlimmsten Unheil zu wehren? Das wäre denn auch wahrlich nicht schwer. Herr v. Hammerstein hat u. A. gesagt, die größte Noth bestehe auf unserer Seite seines Erachtens darin, daß die durch das

In den sog. liberalen angeblich hauptsächlich umgeben, wird jede Agitation als Verleumdung des Volkes sich überlegen, und Gedanken der Bewegung erheben kann. Hierin liegt, weil die Herren zum Aufgeben, die dem Lande, um die Aufrechterhaltung der Herrschaft von überlegen will, „Münster und Breslau“ ähnliches Geleit. (Große Evangel. Kaiserthums) auszuspielen glaubt. Einem ehrwürdigen der Gewand von der ist zuerst in den November 1870 hat nicht plaudert. (Zurück zu einer in vagabundanten, Reichensperger bei Vertretung des Norddeutschen Schmitt (Sagte) im Hof ins Warten gegeben, sind die Sozialis, wie früher, so auch aber überzeugt, in Professoren leidet, nicht christlich ist, in (terfeit.) Alle die an einem gearbeitet haben, Genossen (Erneuerte als die Erneuerer). Ich muß als Wächter des Recht für Alle zu die haben von Unten habe ich es nicht so ich die beiden erkenne, meint, die Wiederkehr sei auffallend. Die 2. und 3. Le. versprochen zu Stande gekommen wurde? In Sache nicht aus Verleumdung abgelegt sein kommen, daß, das Freuen können, (Weiterkeit.) Sitten glaube, eine proies Minorität. (Leb-

H. I. Ich bedauere, genöthigt bin, mit daß (v. Hammer-
eswille, weil so
der Seele ge-
auere ich es, weil,
Freunde und Ge-
„Culturkampf“,
heil voraussehend,
von vornherein
begegnet haben.
Maß bürgerlichen
es auszusprechen.
werden den Dank,
ich fernerhin sollen.
een süße für die-
err. v. Hammer-
es bedauern, daß
t, unsre Zustim-
bat uns darun-
er bir zur Un-
machen würde;
Verwirrung noch
versucht. Nur,
müssen, den ich
das ganze System
möglich ist, ohne
für dasjenige,
darf wohl sagen
gewiß das ganze
denjenigen, was
forderungen sind,
genden Noth in
streuen Rathlosi-
gen Lage, worin
glichen, mit dem
ne unsere An-
Kirche, wie sie
den. Herr von
sagt, und es ist
en worden, wie
ge nicht gegen-
schädlich harm-
aber ist möglich,
drung gezeigt.
wirklich werden?
Der Papst und
säupt repräsen-
kann niemals
sehen, daß der
chloster Weise
führen Sie uns
um, frage ich,
führen, welche
den schlimmsten
ich nicht schwer.
e Noth besetze
die durch das

Gezerrte, so sehr bedrängten Gemeinden lange hin, auf die Dauer wenigstens, diesen Zustand nicht ausbahlen können, daß ihre Mittel sich erschöpfen. In dieser Anschauung muß ich, um wahrhaftig zu sein, dem Herrn v. Hammerstein einigermassen entgegen treten. Ich kann dem Herrn Abgeordneten versichern, daß, so sehr auch die Gemeinden in Anspruch genommen sind, ihre Opferwilligkeit in materieller, wie ihre Hingebung in geistiger Beziehung nicht erlahmen wird. (Sehr richtig! im Centrum.) Unsere glaubens treuen Katholiken werden, wenigstens sehr viele von ihnen, davon hin ich überzeugt, auch das Letzte opfern, um auf das Höchste, auf die Seelforge nicht zu verzichten. (Sehr richtig! im Centrum.) Aber warum schlagen Sie denn, frage ich, wenn Sie einmal von jener Ansicht ausgehen, nicht vor, das sogenannte Prioratgesetz zu befeitigen? Das wäre ja in Ihrem Sinne ein besonders geeigneter Weg. Warum stellen Sie in dieser Beziehung keinen Antrag? Ich bin meistens der Ansicht, daß, wie auch immer die Stimmung der Geiſtlichen sein mag, hier in diesem Hause es kaum möglich sein wird, jetzt noch eine Majorität gegen einen solchen Antrag zusammenzubringen. (Sehr wahr! im Centrum.) Und dann weiter: Herr v. Hammerstein hat uns gesagt, daß, wenn die Bischöfe der Kirche nicht zurückgegeben seien, oder wenn, wo dieselben fehlen, nicht Capitularversteher berufen seien, um das Ganze zu leiten, um die Anarchie von dem kirchlichen System fern zu halten, so lange dem nicht so sei, wäre ein Ziel nicht zu erwarten. Es liegt ja darin viel Wahres; aber ich darf dann wohl den verehrten Herrn fragen: Warum bringen Sie denn nicht jenen Art. 4. den sogenannten Bischofsparagraphen, welchen ursprünglich die Regierung als Kernpunkt -- so lauten ja die Worte des Herrn Unterrichtsministers -- der ganzen Vorlage uns hergestellt hatte, nicht wieder ein ohne die traurige Ansehungspflicht für diesen Fall? Ich glaube, es wäre nicht unmöglich, dafür eine Majorität zu erzielen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Herren von der Rechten entweder einen Antrag, wie ich ihn so eben bezeichnet, ihrerseits noch einbringen werden, oder aber, daß die Herren vollkommen in zuverlässiger Weise versichert sind, daß die Staatsregierung gelonnen sei, binnen kürzester Frist dem Unheil zu steuern. Andernalls würden die guten Wünsche, welche mir gehört und in der motivirten Tagesordnung gelesen haben, wenig zur Besserung der Lage, zur Befeitigung der brennenden Uebelstände beitragen. Es bleibt mir nur noch übrig, eine kurze Nachlese in Bezug auf das geftern hier Vorgekommene zu halten. Der Herr Minister hat uns vor Uebertreibung gewarnt; er richtete diese Worte an den Abg. Windthorst. Ich denke, daß der Herr Minister jene Aeußerung für den hier gegebenen Fall innerlich wieder zurückgenommen hat, nachdem er die Rede des Herrn v. Stahlenstift angehört hatte. Ich glaube, dieser Vorwurf beruhte auch auf einem thatsächlichen Mißverständnis oder auf einem thatsächlichen Irrthum. Meines Erachtens beruht die Zahlenlosigkeit in den beiderseitigen Angaben, denen des Herrn Ministers und des Herrn Windthorst, in Bezug auf die vermainten Pfarreien wesentlich darauf, daß der Herr Minister die sogenannten Staatsfarrer noch mit als fungierende römisch-katholische Pfarrer sich gedacht hat. Der Herr Minister wird mir aber wohl nicht übel nehmen, daß wir, wie alle überzeugungstreuen Katholiken, diese Staatspfarrer von seiner Liste gestrichen haben.

(Fortsetzung folgt.)

Eine nicht gehaltene Rede.

Bekanntlich wurde in der Montags-Sitzung des Abgeordnetenhauses dem Abgeordneten v. Ludwig durch Majoritätsbeschluß des Hauses das Wort entzogen. Die conservative „D. Landesztg.“ ist in die Lage gesetzt, auf den zweiten Theil der Rede, welcher nicht gehalten worden, mittheilen zu können. Herr v. Ludwig wollte noch Folgendes sagen:

... und ging mit klingendem Spiel in das seinem Herrn und König feindliche Lager über. M. H.! Ein Ueberläufer wird in der Noth bedacht, aber geachtet wird er nie! — Einen solchen Mann in einflussreiche Stellungen zu bringen, wird immer ein Mißgriff bleiben! Aber ein noch weit traurigeres Bild gibt der Herr in seinem öffentlichen, wirthschaftlichen Auftreten. Alles, was ich sagen werde, ist durch hunderte von Zeitungen, viel Brochüren und Bücher öffentlich verbreitet worden. Niemand hat widersprochen, Niemand ist zur Rechenschaft gezogen worden, und der bekannte officielle Untersuchungsbericht, den Sie oben in unserer Bibliothek einsehen wollen, bestätigt (Seite 103 — 112) diese Meldungen, daß sich bei den öffentlichen wirthschaftlichen Schöpfungen dieses Herrn alles Dasjenige zu bemängeln findet, was einst Laster an den Schöpfungen von hohen Staatsbeamten und Mitgliedern der hohen Aristokratie in der schärfsten Weise tadelte. — Der Herr war betriebam wie Einer in der Erziehung von Bahnfunktionären, die ohne ihn der Staat gebaut haben würde, und beruhigte sich erst, als ihm, wie die Beilagen des Untersuchungsberichts unter Nr. 565 nachweisen, daß für einen Finanzministerkandidaten recht bedenkliche Verdicht des damaligen Handelsministers übergeben wurde, wo es heißt: „Abgelegt mit Mühseligkeit auf die untergeordneten Finanzverhältnisse des Stammunternehmens.“ Bei den ausgeführten Unternehmungen hat der Herr das dem Minister und den Aktionären gegebene Versprechen, den Bau nicht in Generalentreprise zu geben und von demselben Herrn Dr. Stroussberg fernzuhalten, nicht erfüllt und dadurch den Bau weit theurer gemacht. Die Aktien sind unter Pari ausgegeben worden. Der Herr fungirte im Verwaltungsrath, obgleich er gar keine eigenen Aktien besaß, wie das Statut es verlangte. — Es ist mit großer Bestimmtheit anzunehmen, daß an die Empfänger der Koncession nicht unbedeutende Abfindungssummen gezahlt worden sind, und diese wichtige und gravirende Thatsache ist nur um deshalb nicht vollkommen klar gelegt worden, weil der betheiligte Untersuchungsrichter, Herr Laster, nicht von seinem Redute Gebrauch machte, die Zeugen eiskalt vernehmen zu lassen, weil er den Hauptproffessoren, eben den Herrn, von dem ich spreche, gar nicht vernahm und wegen des zweiten Hauptzeugen das lächerliche Schauspiel mit dem unaussprechbaren, aber im Reichstage einen Schritt von ihm stehenden Herrn Auloid aufzuführen bestellte, was sich unser Kollege ruhig gefallen ließ.

Leien Sie in dieser Beziehung die Stichtungsberichte. — In Millionen der ungarantirten Prioritäten dieser Bahn ist vom Reichsfinanzamts-Präsidenten, den das Gesetz hiezu nicht legitimirte, das Peculium unserer Soldaten angelegt worden. Die

Wah hat, wie bei Gelegenheit ihres Verkaufs im vorigen Jahr nachgemessen worden ist, nie die Zinsen aller Prioritäts-Obligationen aufgebracht, und die nummehr unter Zustimmung dieser Herrn für theures Geld vom Staate angekauft worden. Davorhin angeedeutete Hydra der Grobfinanz ist dabei allerdings weggekommen. — Das Publikum, die Aktionäre, aber haben Millionen und Millionen verloren. Als 1876 diese Anlage des Invalidenfonds von der Budgetkommission des Reichstages in langer Verhandlung untersucht wurde, war und blieb der Herr mit dem ebenen Stirn Vorsitzender der Kommission, ohne ein aufklärendes Wort zu finden, — und die großen Staatsmänner Richter und Richter fanden Alles in schönster Ordnung. So bitte Sie, meine Herren, die betreffenden Verhandlungen des Reichstages einzusehen. U. S.!. Nach dem Rober des Gentleman kann doch wahrlich eine solche Handlungsweise nicht gebilligt werden! Aber unsere Parlamente, — — — nehmen davon keine Notiz! Alles läuft den Worten dieses Herrn, wenn er spricht, er ist und bleibt der Hauptträger des Nationalliberalismus, dessen Verstand all Parteien luchen! Alle Semester wenigstens ein Mal taucht dieser Herr als Ministerkandidat auf! Im vorigen Sommer durfte der Mann einer solchen Vergangenheit es wagen, die katholischen Bischöfe des Reichstags zu zihen und vor wenigen Tagen predigte er in optimis formis den Religionskrieg und trat die Fabel vom römischem Kathentum breit! Er ist zur Zeit noch die einzige fröhliche Stütze des trüben Zukunftslamps! — — — Mein Herr, das sind unsere Zustände; machen Sie denselben ein Ende! Wer mit aber zu diesem Portrait gelesen, wissen Sie, und wer nicht genug ist, es nicht zu wissen, der studire die Geschichte unserer Zeit. Sollte der Herr mir nachweisen, daß ich ihm Unrecht gethan, will ich es ihm öffentlich auf den Knien abbitten: so lange er das nicht gethan, war es meine Pflicht, dem katholischen Volke zu zeigen, wer sein Hauptfeind ist, und das Parlament aus den dunkelsten Punkt in seiner Mitte aufmerksam zu machen.

Rheinland=Westfalen.

Neuß, 5. Februar. Wir lesen in der „Cobl. Ztg.“: Die auf gestern Nachmittag im hiesigen Gerresbau stattgehabte Versammlung der Wahlmänner der Centrums-Partei des Wahlkreises Coblenz-St. Goar zur Festsetzung des an Stelle des durch Tod ausgeschiedenen Herrn Grafen Schmisggen Kessingbrock zu wählenden Landtagsabgeordneten war so zahlreich besucht, daß sie die Superiorität dieser Partei in unserem Wahlkreise evident confitirte. Nachdem der Vorsitzende des Wahl-Comité's Herr Rechtsanwalt Müller in ebenso warmen, wie beredten Worten der Glaubens- und Centrums-Treue des genannten Herrn Grafen gedacht und alle Anwesenden zur ehrenden Anerkennung dieser Worte und des seligen Herrn Grafen sich erhoben, schlug er zum Nachfolger desselben, da in unserm Wahlkreise selbst kein Geeigneter, der die Wahl annehmen könnte, ausfindig zu machen war, Herrn Freiherrn Franz von Dalwigk zu Dülsdorf vor, welcher bereits als Centrums-Mitglied den Kreis Neuß im Reichstag vertritt und die Zusage gegeben hat, auch unsern Wahlkreis im Landtag als Centrums-Mitglied und als Rheinländer vertreten zu wollen. Bei der Abstimmung wurde dieser Vorschlag einstimmig angenommen. Herr Freiherr von Dalwigk ist somit unser Wahlkandidat für die am nächsten Donnerstag den 10. d. M. stattfindende Erlos-Wahl. (Bravo!)

Düsseldorf, 5. Febr. Da. Wbl. schreibt: „Seit einigen Tagen befindet sich ein junger Mann großer Statur in Düsseldorf, der sich in seine Häuser einfährt unter dem Vorgeben, er sei von Herrn Othmer geladet, das Instrument zu stimmen. Da der Mensch durchaus keine Kenntniss vom Klavier hat, so verdirbt er die Instrumente, läßt sich theuer bezahlen und sucht nebenbei zu stehlen. Wo er sich sehen läßt, halte man ihn fest und überliefere ihn der Polizei.“ Vielleicht ist es derselbe Schwünzler, der sich vor 8 Tagen hier in gleicher Absicht herumtrieb.

Köln, 5 Februar. Bezüglich der gegenwärtigen Lage der Stabterweiterungs-Angelegenheit erfährt man, daß, nachdem der erste zwischen der Stadt und dem Commissar des Kriegsministeriums vereinbarte Vertrags-Entwurf in Berlin nicht genehmigt worden ist, nunmehr ein neuer Entwurf von dem neuen Commissar (einem bisherigen General) der Stadt vorgelegt worden ist, über welchen die Stadträthliche Commission sich auch bereits geäußert hat.

— Gestern hat man auf dem nördlichen Domthurme mit der Entfernung des Kasten's begonnen, welcher alsbald nach dem Feste der Vollendung des Doms um die Kreuzblume gezimmert worden war. Mit Spannung sieht man im Publicum der Enthüllung entgegen.

Selskirkchen, 3. Febr. Die der Umsch. Ztg.¹ von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, wird höhern Orts geplant, aus dem Kreise Bochum drei Kreise zu bilden, und zwar die Kreise Bochum, Dattingen und Selskirkchen. Die Nachricht dürfte sich binnen Kurzem bestätigen.

In Sachen der Beigeordneten-Wahl erhalten wir von Herrn Jos. Broix folgende Zuschrift:

Die in's Publikum getragene Entstellung einer vertraulichen Unterredung und einer zugehörigen geheimen Sitzung der Stadtverordneten veranlaßt folgende Veröffentlichung:

Vor mehr als zwei Monaten theilte mir ein officiell dazu
ermachteter, sehr einflussreicher Herr mit, daß Herr Tracht als
weiter Beigeordneter bestätigt werden würde, vorausgesetzt, daß
die Stadtverordnetenversammlung sich zur Wahl eines dritten
Beigeordneten vertheile, bei welcher Wahl freilich Einstimmigkeit
erzielt werden müsse. Als Candidat werde Herr Dr. Hellersberg
vorgeschlagen. Ich habe aber den Vorschlag nur deshalb
eine Verminderung ausgeprochen, weil bei der Verfassung
unserer städtischen Verwaltung man doch einem Herrn von 75
Jahren die Würde eines Beigeordneten nicht zumuthen könne. Als
er geantwortet wurde, Herr Dr. Hellersberg sei zur Uebernahme
bereit, habe ich daran erinnert, daß gerade ich mich lebhaft dafür
einsetzte hätte, den Herrn Doctor in der Stadtverordnetenversam-
mlung zu erhalten; ich könne daher auch für ihn bei der etwaigen
Beigeordnetenwahl stimmen, und würde bei meinen Freunden diese
Candidatur bekräftigend zur Sprache bringen.

Kurze Zeit nachher brachte der Herr Bürgermeister die Wahl

eines dritten Beigeordneten auf die Tagesordnung der geheimen Sitzung. Meine Freunde erfuhren sofort von mir über den vertraulichen Vorgang soviel, als zur Gewinnung ihrer Stimmen nöthig war. Herr Notar Brandenburgs und ich wurden ermächtigt, im Namen der 7 Anwesenden in der Sitzung zu sprechen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in der geheimen Sitzung nicht bis zur Candidatenfrage gekommen, der Name des Herrn Dr. Seltersberg ist nicht genannt worden; der Herr Bürgermeister trug im Uebrigen genau im Sinne des zur privaten Unterredung Bevollmächtigten vor, bezeichnete den Vorschlag als einen von maßgebender Stelle auszugehen, lebte aber Befürchtung der begünstigten Jüdisch ab. Alle an der Debatte theilnehmenden Stadtverordneten, auch meine politischen Gegner, waren, der Meinung, der Herr Minister hätte doch zunächst uns den zweiten Beigeordneten schon geben sollen, ehe er die Wahl des seit Jahren fehlenden Dritten für bringen notwendig erklärte. Die kurze Beratung schloß mit der im Namen meiner Freunde und unter der Billigung aller anwesenden Stadtverordneten abgegebenen Versicherung, daß wir den aus gesprochenen Wünsche entgegenkommen und in nächster Zeit zur Wahl eines durchaus gemäßigten Herrn mitwirken würden. Der Bürgermeister, zur Aufmerksamkeit aufgefordert und offenbar die Anspielung auf die vertrauliche Unterredung verstehend, bezeichnete die abgegebene Erklärung als vollständig befriedigend.

Der im Anbels an die entstellte Widergabe der Vorgänge gemachte Vorwurf unflüchter Handlungsweise mag hingehen, da eine Unflüchtigkeit verzeihlich ist. Nur der fernere Vorwurf der Hartnäckigkeit und der Oppositionslust ist unverständlich, und deshalb im Interesse der richtigen Beurtheilung der Beigordnetenfrage durch wahrheitsgemäße Mittheilung zu widerlegen.

Die Redaction erlaubt sich im Anschlusse an diese öffentliche Erklärung folgende Anfragen:

1. Wie reinit sich die vom Minister im Abgeordnetenhaus gegebene Erklärung, Herr Bracht sei zum Amte eines Beigeordneten nicht qualifizirt, mit der Versicherung der hiesigen Officiellen, Herr Bracht würde bestätigt werden, wenn zum dritten Beigeordneten Herr Sanitätsrath Dr. Hellersberg gewählt würde? Entweder — so sagt sich der gewöhnliche Unterthanenverstand — ist Herr Bracht qualifizirt zum Amte eines Beigeordneten, oder er ist es nicht. Ist er qualifizirt, wie kann der Herr Minister sagen, er sei nicht qualifizirt? Wäre aber Herr Bracht wirklich nicht qualifizirt, wie dürfte man ihn dann einfach aus dem Grunde bestätigen, daß Herr Dr. Hellersberg dritter Beigeordneter werden soll? Nicht qualifizierte Beamten sind wenigstens überflüssig — auch hier in Neuk.

Wir fragen 2.: Wenn hier officiell die Bestätigung des Herrn Bracht als von der Wahl des Herrn Dr. Hellersberg abhängig dargestellt werden dürfte, warum hat Herr Bracht nicht bestätigt worden, trotzdem unsere Gefinnungsgeossen im Stadtrathe sich so entgegenkommend gezeigt haben? Hat man etwa geglaubt, sie dupiren zu können?

3. Wenn unsere Officiösen den Herrn Dr. Hellersberg so gerne als Beigeordneten gehabt haben, warum haben sie nicht dessen Ernennung zum zweiten Beigeordneten beantragt, nachdem die Nichtbestätigung des Herrn Bracht eingelaufen war? Warum mußte Herr Floeren zweiter Beigeordneter werden?

4. Wie darf man es wagen, dem wirklichen Sachverhalte schnurstracks widersprechende Mitteilungen über die vertraulichen Abmachungen zu verbreiten?

Bermischtes.

— Die deutsche Auswanderung nach überseeischen Ländern aus deutschen Häfen und Antwerpen im Jahre 1880 betrug nach officieller Meldung 106,191 Personen, darunter 63,778 männliche. Von diesen gingen allein nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika 103,116; nach Britisch-Nordamerika 282; nach Brasilien 2119 c. Ueber Bremen wanderten aus 51,628, über Hamburg 42,787, über Stettin 552, über Antwerpen 11,224. Im Jahre 1879 hatte die Auswanderung nur 32,237 Personen betragen.

— (Eine weisfällige Antwort.) Die „Welt. Bzt.“ schreibt im Briefkasten: Wir erbieten von zarter und ansehnend jugendlicher Hand anonym die Bitte zugesellt: „Seien Sie doch so gut und schreiben in ihren nächsten Briefkasten, ob in der schönen Erziehung Vorkreiter‘ sich Festsenrath und Fräulein! Niedenburg auch kriegen, einfach nein! oder ja! Wir sind alle so schrecklich neugierig darauf.“ Auf die höfliche Bitte zur Antwort! „Liebes Kind! Die Neugierde ist eine böse Tugend des schönen Geschlechts, und wenn unsere alte Stammutter Coa nicht so „schrecklich neugierig“ gewesen wäre, brauchten wir keine Zeitungen zu machen und Sie nicht Strümpfe zu striden, und Kartoffeln zu schälen. Was aber die Anfrage anbetrifft, so versprochen wir Jönen von Herzen gern, daß wir unser Möglichstes thun wollen, damit Demoiselle Niedenburg unter die Haube kommt. Thun Sie desgleichen!“

Nutliches.

Se. Majestät der König haben dem katbol. Pfarrer Laroche zu Scheibebard im Kreise Weihenburg den königl. Kronen-Orden 1. kl. verliehen; ferner die Gerichtsassessoren Pieper zu Schmiedeburg i. Schl., Kämpfe in Polen, Gallet in Cottbus, Diener in Köln, Neubauer, Adoff, Dittke und Noel zu Amtsrichtern; sowie den Gerichtsassessor Gders in Düsseldorf zum Staatsanwalt in Essen ernannt.

Dem Oberlehrer am Friedrichs-Gymnasium in Breslau, Dr. A. Mengel, ist das Prädikat Professor verliehen worden. Die Wahl des ersten ordentl. Lehrers Bopye an der mit Gymnasial-
lassen verbundenen Realschule I. Ordnung zu Hagen zum Ober-
lehrer an der gedachten Anstalt ist bekräftigt worden.

Handels-Nachrichten.

Köln, 5. Febr. (Amtliche Notierungen der Handelskammer.) Weizen niedriger, hies. eff. M. 21.50—22.50 B., fremder 21.50—22.50 B., per März —, bz. 21.85 B., 21.30 B., per Mai 21.55—10 bz. 21.55 B., 21.50 B.

Roggen niedriger, hies. eff. M. 20.50—21.50 B., fremder 20.50—21.50 B., mit Gewicht von 69 Pfd. per 50 Liter per März 20.55—50 bz., 20.50 B., 20.45 B., Mai 20.20—15 bz., 20.15 B., 20.10 B.

Hafser ohne Sack per 100 Kil. mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter hies. eff. M. 14.00—15.00 B., fremder 15.00—16.00 B., per März 15.50 B., Mai 15.90 B.

Rübsöl mitter, per 50 Kil. mit Fass in Eisen. eff. in Partien von 100 Ctr. M. 28.00 B., per Mai —, bz. 28.00 B., 27.90 B., Oct. 28.70 B., 28.60 B.

(Landmarkt.) Bei schwacher Zufuhr blieben Preise unverändert. Wochenzufuhr etwa 1200 Sack, meist Hafser.

Köln, 5. Februar. Kaffee brauner Java 150,—, hellbraun 134 40, hochgelb 118—25, gelb 105—14, gut ord. blank 95—100, ord. 92. Santos 84—90, Plantationen 118—135 Pfg. per Pfd.

Weis, Java Tafel M. 24.50, ordin. Java 21,—, Patna 23,—, Ima Aracan 15.50, Bda 15,—, Korinthien, Ima 36.50, Bda —, Smyrna-Rosinen 40,—, Mandeln, geschälte 105, Pringel 112 Pfunden, deutsche —, tür. 25.50 Pfeffer, schwarzer 77,—, weißer 94, Piment 87, per 100 Pfd. Muskatnüsse 310, Muskatblüte 230, Amboina-Nelken 230 Caneel, Ceylon 250, China 72, Java 220 Pfd. per Pfd. —, Färinge, holl. 33, Stodische 27, Eitlinge 35, Pfeffer 64,—, Provencen-Dei 95, Robbenthran 30,—, Bergenthran brauner 55, blauer 66 M.

Feinste Raffinade mit Etiquette M. 42.50, Raffinade 41.50, Meis Nr. 1 41,—, Nr. 2 —, Nr. 3 —, Würfelraffinade 42.50, Würfelraffinade Nr. 1 41.50, gemahlene Raffinade 42,—, gemahl. Meis Nr. 1 39, Nr. 2 38.50, Candis, weiß 48—52, halbweiß 45—48, gelb 44, schön hellbraun 43, hellbraun M. 42,—, braun M. 44—46. N. Jarin Nr. 18 34,—, Nr. 15 32,—, Nr. 12 M. 30.

Berlin, 5. Februar. Weizen per April-Mai M. 205.25 bez., Juni-Juli 208,— bez., Roggen per April-Mai M. 198,— bez., Mai-Juni 191,— bez., Weizen per April-Mai M. 52,— bz., Mai-Juni 52.50 bez., Spiritus loco M. 53.40 bz., per Febr. 53.90 bz., April-Mai 54.80 bez., Juli-August 56.40 bez.

Stettin, 5. Febr. Weizen per Frühjahr 207.00, Mai-Juni 208.00 M. Roggen per Frühjahr 196.00, Mai-Juni 190,— M. Weizen per Jan. 52.00, April-Mai 52.50, Spiritus loco 51.80, per Jan. Febr. 52.40, Frühjahr 53.20, Mai-Juni 53.90.

Breslau, 5. Februar. Spiritus per Jan.-Febr. 51.20, M. April-Mai 53.10, Mai-Juni 54,— M. Weizen per April-Mai 206,— M. Roggen per Jan. 214,—, April-Mai 204.0 M. Mai-Juni 202,—, Weizen per Jan.-Febr. 51.00, April-Mai 50.50, Mai-Juni 53.90 M.

Düsseldorf, 4. Febr. Weizen inländ. frs. 27,—, preuß. 26.50; Roggen 24—25. Gerste 17—22. Hafser 19—19.50.

Antwerpen, 5. Febr. Petroleum ruhig. Plant disp. frs. 22.75, 23,— B., per Febr. —, bz. 22.75 B., März —, bz. 22.75 B., April —, bz. 22.75 B., Sept.-Dez. —, bz. 23.50 B.

Amerit. Schmalz, Marke Wilsor frs. 125,— per 100 Kilo. Amerit. Speck lang frs. 97,— short 103,—, Amerit. Schweinefleisch frs. 69,—, Weizen-Umsatz 117 B. —, kurz Köln 123.70.

Paris, 5. Febr. Mehl 8 Marken per Febr. 60.80, März-Juni 59.60, Mai-Aug. 58.80, Weizen per Febr. 27.75, März-Juni 27.75, Mai-Aug. 27.25, Roggen per Febr. 22.25, März-Juni 22.25, Mai-Aug. 21.50.

London, 5. Febr. Schwebende Weizenladungen angekommen, —, angeboten 27 Cargos.

New-York, 4. Febr. Goldagio 94 1/8. London 4.81 1/8. D. — Mehl extra State D. 4.50. Rother Winterweizen 1.17. — Frucht für Getreide 4 1/8. Petroleum Standard white 11 1/8. cs. — Speck 8 1/8. — Baumwolle middling Upland 9. — Baumwoll-Kantile in sämtlichen Häfen der Union 29000 Ballen, Export nach England 6000 Ballen, nach dem Continent 6000 B.

Bei der am 4. Febr. fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 163. Königl. preuss. Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 45000 M. auf Nr. 1862; ein Gewinn von 6000 M. auf Nr. 75495;

34 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 1346 6882 7623 7803 9141 10884 16284 16530 20184 20454 21963 22329 27432 31340 35472 38389 39783 40299 47131 48413 49832 56865 60618 63576 65661 68909 75304 80183 83071 86743 87131 89995 90774 und 91791;

62 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 136 1386 2202 2567 4267 4741 5282 5694 5922 7309 7583 9796 11567 16395 19120 19787 20361 21693 22140 22592 23460 24939 26479 31032 31094 35321 36878 39205 39354 40152 41370 43527 43734 52300 55862 56305 57039 57745 58122 58570 63702 63820 66820 67096 69791 71007 72317 75709 77863 78700 78981 81005 83730 84968 85934 86297 86593 88231 89339 91150 91441

76 Gewinne von 600 M. auf Nr. 1781 3350 3451 5706 5699 7016 9729 10236 12598 14485 17623 19040 22478 22802 23025 25082 26481 20585 26776 30787 32904 34219 35320 37406 38207 38378 39638 40082 40229 42991 45538 46166 47009 47090 47234 47340 47550 49413 50081 54101 54707 55007 58374 59264 60987 64385 65157 66154 66592 67261 68711 68876 71661 71741 74137 75237 77428 77867 78210 78291 78312 80780 80787 82278 82437 86800 88340 89595 91952 92775 93206 93312 94316 94413 94711 und 94889.

Bei der am 5. Februar benutzigten Ziehung der 4. Klasse 163. Königl. Klassen-Lotterie fielen 2 Hauptgewinne von 30000 M. auf Nr. 41369 und 86317; 2 Gewinne von 6000 M. auf Nr. 76186 und 78185; 40 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 1855 7746 7896 8179 8953 10327 12642 14340 18271 19557 21047 25322 27266 27528 27660 27892 28146 31361 32784 36698 37219 42769 43649 48299 49657 52810 57568 58818 60517 67927 67951 69418 72226 76961 77070 77854 81055 83366 83897 und 94433;

53 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 530 1331 3984 6679 7280 7442 7548 9952 13031 16246 19697 21704 22633 23352 27123 27802 28172 31515 33325 34511 34804 35020 35912 36352 36779 38327 38363 40120 40488 49677 51185 53866 54482 54887 56328 57295 57614 61576 70320 71765 72133 72264 76571 76782 76828 78461 79851 85649 85744 86781 90070 90721 und 94875;

68 Gewinne von 600 M. auf Nr. 1841 2287 2456 5185 7085 8902 9849 11428 11645 12682 16481 17201 17453 18303 19745 20325 20912 22339 27777 28098 32454 34429 35592 35763 36881 38103 38555 38674 38929 40241 41278 42761 46844 49259 50414 51399 51681 54545 56807 58259 58451 60470 61023 62905 64769 65531 66700 67070 67745 70436 73130 73271 76020 76093 76177 78840 79353 79522 80024 80093 83493 84713 85106 87184 87336 92903 93400 u. 93736.

Berlin, 5. Febr. Abgeordnetenhaus. Fortsetzung der Beratung des Verordnungsgeleges. Nachdem Herr von Bismarck Rede den gestrigen Ausführungen des Fürsten Bismarck entgegengetreten war und den Finanzminister aufgefordert hatte, seinen Reformplan zu entwickeln, erklärte der Finanzminister, die Meinung sei irrig, als befände er sich bezüglich der Grundsteueranleihe und der Reorganisation im Widerspruch zu dem Fürsten Bismarck; das sei nie der Fall gewesen. Das Haus verwies das Verordnungsgeles an eine besondere Commission von 28 Mitgliedern.

Im Laufe der Debatte erklärte Herr von Bismarck, er und Bamberger seien zwar Freihändler, aber keine principielle Gegner des Tabakmonopols, sie wären gegen dasselbe, weil sie der Einführung des Monopols nur mit Entschädigung zustimmen könnten, was das Monopol wieder unrentabel machen werde. Der vorgeschlagene Reform könne er nicht zustimmen, weil den hohen indirecten Steuern ein verschwindend kleiner Stamm directer Steuern gegenüberstünde. Das Steuerprogramm könne Norddeutschland und Süddeutschland in zwei feindliche Gruppen zerreißen.

Regierungskommissar Burgardt wies letzteres entschieden zurück, widerlegte andere Ausführungen Nichts und empfahl eine wohlwollende Prüfung der Vorlage durch eine Commission. Die Regierung sei gern bereit, etwaige Mängel zu beseitigen. Hammerstein erklärte, es werde nicht gelingen, die Conservativen von der Regierung zu trennen; die Conservativen ständen voll und ganz auf dem Boden der Politik des Reichstags.

Strasburg, 5. Febr. Der Landesauschuss nahm heute einen Antrag auf Besteuerung der Weinfabrikation an, mit welchem sich die Regierung einverstanden erklärt hatte.

Bergisch-Märkische Eisenbahn. Von Neuss nach: Düsseldorf: 6.20, 7.27, 7.48, 8.51, 10.19, 11.26, 12.51, 1.53, 2.30, 4.1, 4.12, 5.30, 6.34, 7.44, 9.27, 10.43, 11.34, 12.51. Heerdt und Obercaffel: 7.—, 8.53, 12.—, 4.33, 6.33, 9.30. Von Heerdt nach Obercaffel: 7.8, 9.1, 12.8, 4.41, 6.41, 9.38. Von Gladbach nach Benslo: 8.42, 11.7, 3.10, 6.23, 9.57.

Bei der am 4. Febr. fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 163. Königl. preuss. Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 45000 M. auf Nr. 1862; ein Gewinn von 6000 M. auf Nr. 75495;

34 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 1346 6882 7623 7803 9141 10884 16284 16530 20184 20454 21963 22329 27432 31340 35472 38389 39783 40299 47131 48413 49832 56865 60618 63576 65661 68909 75304 80183 83071 86743 87131 89995 90774 und 91791;

62 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 136 1386 2202 2567 4267 4741 5282 5694 5922 7309 7583 9796 11567 16395 19120 19787 20361 21693 22140 22592 23460 24939 26479 31032 31094 35321 36878 39205 39354 40152 41370 43527 43734 52300 55862 56305 57039 57745 58122 58570 63702 63820 66820 67096 69791 71007 72317 75709 77863 78700 78981 81005 83730 84968 85934 86297 86593 88231 89339 91150 91441

76 Gewinne von 600 M. auf Nr. 1781 3350 3451 5706 5699 7016 9729 10236 12598 14485 17623 19040 22478 22802 23025 25082 26481 20585 26776 30787 32904 34219 35320 37406 38207 38378 39638 40082 40229 42991 45538 46166 47009 47090 47234 47340 47550 49413 50081 54101 54707 55007 58374 59264 60987 64385 65157 66154 66592 67261 68711 68876 71661 71741 74137 75237 77428 77867 78210 78291 78312 80780 80787 82278 82437 86800 88340 89595 91952 92775 93206 93312 94316 94413 94711 und 94889.

Bei der am 5. Februar benutzigten Ziehung der 4. Klasse 163. Königl. Klassen-Lotterie fielen 2 Hauptgewinne von 30000 M. auf Nr. 41369 und 86317; 2 Gewinne von 6000 M. auf Nr. 76186 und 78185; 40 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 1855 7746 7896 8179 8953 10327 12642 14340 18271 19557 21047 25322 27266 27528 27660 27892 28146 31361 32784 36698 37219 42769 43649 48299 49657 52810 57568 58818 60517 67927 67951 69418 72226 76961 77070 77854 81055 83366 83897 und 94433;

53 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 530 1331 3984 6679 7280 7442 7548 9952 13031 16246 19697 21704 22633 23352 27123 27802 28172 31515 33325 34511 34804 35020 35912 36352 36779 38327 38363 40120 40488 49677 51185 53866 54482 54887 56328 57295 57614 61576 70320 71765 72133 72264 76571 76782 76828 78461 79851 85649 85744 86781 90070 90721 und 94875;

68 Gewinne von 600 M. auf Nr. 1841 2287 2456 5185 7085 8902 9849 11428 11645 12682 16481 17201 17453 18303 19745 20325 20912 22339 27777 28098 32454 34429 35592 35763 36881 38103 38555 38674 38929 40241 41278 42761 46844 49259 50414 51399 51681 54545 56807 58259 58451 60470 61023 62905 64769 65531 66700 67070 67745 70436 73130 73271 76020 76093 76177 78840 79353 79522 80024 80093 83493 84713 85106 87184 87336 92903 93400 u. 93736.

Berlin, 5. Febr. Abgeordnetenhaus. Fortsetzung der Beratung des Verordnungsgeleges. Nachdem Herr von Bismarck Rede den gestrigen Ausführungen des Fürsten Bismarck entgegengetreten war und den Finanzminister aufgefordert hatte, seinen Reformplan zu entwickeln, erklärte der Finanzminister, die Meinung sei irrig, als befände er sich bezüglich der Grundsteueranleihe und der Reorganisation im Widerspruch zu dem Fürsten Bismarck; das sei nie der Fall gewesen. Das Haus verwies das Verordnungsgeles an eine besondere Commission von 28 Mitgliedern.

Im Laufe der Debatte erklärte Herr von Bismarck, er und Bamberger seien zwar Freihändler, aber keine principielle Gegner des Tabakmonopols, sie wären gegen dasselbe, weil sie der Einführung des Monopols nur mit Entschädigung zustimmen könnten, was das Monopol wieder unrentabel machen werde. Der vorgeschlagene Reform könne er nicht zustimmen, weil den hohen indirecten Steuern ein verschwindend kleiner Stamm directer Steuern gegenüberstünde. Das Steuerprogramm könne Norddeutschland und Süddeutschland in zwei feindliche Gruppen zerreißen.

Regierungskommissar Burgardt wies letzteres entschieden zurück, widerlegte andere Ausführungen Nichts und empfahl eine wohlwollende Prüfung der Vorlage durch eine Commission. Die Regierung sei gern bereit, etwaige Mängel zu beseitigen. Hammerstein erklärte, es werde nicht gelingen, die Conservativen von der Regierung zu trennen; die Conservativen ständen voll und ganz auf dem Boden der Politik des Reichstags.

Strasburg, 5. Febr. Der Landesauschuss nahm heute einen Antrag auf Besteuerung der Weinfabrikation an, mit welchem sich die Regierung einverstanden erklärt hatte.

Bergisch-Märkische Eisenbahn. Von Neuss nach: Düsseldorf: 6.20, 7.27, 7.48, 8.51, 10.19, 11.26, 12.51, 1.53, 2.30, 4.1, 4.12, 5.30, 6.34, 7.44, 9.27, 10.43, 11.34, 12.51. Heerdt und Obercaffel: 7.—, 8.53, 12.—, 4.33, 6.33, 9.30. Von Heerdt nach Obercaffel: 7.8, 9.1, 12.8, 4.41, 6.41, 9.38. Von Gladbach nach Benslo: 8.42, 11.7, 3.10, 6.23, 9.57.

Bei der am 4. Febr. fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 163. Königl. preuss. Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 45000 M. auf Nr. 1862; ein Gewinn von 6000 M. auf Nr. 75495;

34 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 1346 6882 7623 7803 9141 10884 16284 16530 20184 20454 21963 22329 27432 31340 35472 38389 39783 40299 47131 48413 49832 56865 60618 63576 65661 68909 75304 80183 83071 86743 87131 89995 90774 und 91791;

62 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 136 1386 2202 2567 4267 4741 5282 5694 5922 7309 7583 9796 11567 16395 19120 19787 20361 21693 22140 22592 23460 24939 26479 31032 31094 35321 36878 39205 39354 40152 41370 43527 43734 52300 55862 56305 57039 57745 58122 58570 63702 63820 66820 67096 69791 71007 72317 75709 77863 78700 78981 81005 83730 84968 85934 86297 86593 88231 89339 91150 91441

76 Gewinne von 600 M. auf Nr. 1781 3350 3451 5706 5699 7016 9729 10236 12598 14485 17623 19040 22478 22802 23025 25082 26481 20585 26776 30787 32904 34219 35320 37406 38207 38378 39638 40082 40229 42991 45538 46166 47009 47090 47234 47340 47550 49413 50081 54101 54707 55007 58374 59264 60987 64385 65157 66154 66592 67261 68711 68876 71661 71741 74137 75237 77428 77867 78210 78291 78312 80780 80787 82278 82437 86800 88340 89595 91952 92775 93206 93312 94316 94413 94711 und 94889.

Bei der am 5. Februar benutzigten Ziehung der 4. Klasse 163. Königl. Klassen-Lotterie fielen 2 Hauptgewinne von 30000 M. auf Nr. 41369 und 86317; 2 Gewinne von 6000 M. auf Nr. 76186 und 78185; 40 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 1855 7746 7896 8179 8953 10327 12642 14340 18271 19557 21047 25322 27266 27528 27660 27892 28146 31361 32784 36698 37219 42769 43649 48299 49657 52810 57568 58818 60517 67927 67951 69418 72226 76961 77070 77854 81055 83366 83897 und 94433;

53 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 530 1331 3984 6679 7280 7442 7548 9952 13031 16246 19697 21704 22633 23352 27123 27802 28172 31515 33325 34511 34804 35020 35912 36352 36779 38327 38363 40120 40488 49677 51185 53866 54482 54887 56328 57295 57614 61576 70320 71765 72133 72264 76571 76782 76828 78461 79851 85649 85744 86781 90070 90721 und 94875;

68 Gewinne von 600 M. auf Nr. 1841 2287 2456 5185 7085 8902 9849 11428 11645 12682 16481 17201 17453 18303 19745 20325 20912 22339 27777 28098 32454 34429 35592 35763 36881 38103 38555 38674 38929 40241 41278 42761 46844 49259 50414 51399 51681 54545 56807 58259 58451 60470 61023 62905 64769 65531 66700 67070 67745 70436 73130 73271 76020 76093 76177 78840 79353 79522 80024 80093 83493 84713 85106 87184 87336 92903 93400 u. 93736.

Berlin, 5. Febr. Abgeordnetenhaus. Fortsetzung der Beratung des Verordnungsgeleges. Nachdem Herr von Bismarck Rede den gestrigen Ausführungen des Fürsten Bismarck entgegengetreten war und den Finanzminister aufgefordert hatte, seinen Reformplan zu entwickeln, erklärte der Finanzminister, die Meinung sei irrig, als befände er sich bezüglich der Grundsteueranleihe und der Reorganisation im Widerspruch zu dem Fürsten Bismarck; das sei nie der Fall gewesen. Das Haus verwies das Verordnungsgeles an eine besondere Commission von 28 Mitgliedern.

Im Laufe der Debatte erklärte Herr von Bismarck, er und Bamberger seien zwar Freihändler, aber keine principielle Gegner des Tabakmonopols, sie wären gegen dasselbe, weil sie der Einführung des Monopols nur mit Entschädigung zustimmen könnten, was das Monopol wieder unrentabel machen werde. Der vorgeschlagene Reform könne er nicht zustimmen, weil den hohen indirecten Steuern ein verschwindend kleiner Stamm directer Steuern gegenüberstünde. Das Steuerprogramm könne Norddeutschland und Süddeutschland in zwei feindliche Gruppen zerreißen.

Regierungskommissar Burgardt wies letzteres entschieden zurück, widerlegte andere Ausführungen Nichts und empfahl eine wohlwollende Prüfung der Vorlage durch eine Commission. Die Regierung sei gern bereit, etwaige Mängel zu beseitigen. Hammerstein erklärte, es werde nicht gelingen, die Conservativen von der Regierung zu trennen; die Conservativen ständen voll und ganz auf dem Boden der Politik des Reichstags.

Strasburg, 5. Febr. Der Landesauschuss nahm heute einen Antrag auf Besteuerung der Weinfabrikation an, mit welchem sich die Regierung einverstanden erklärt hatte.

Bergisch-Märkische Eisenbahn. Von Neuss nach: Düsseldorf: 6.20, 7.27, 7.48, 8.51, 10.19, 11.26, 12.51, 1.53, 2.30, 4.1, 4.12, 5.30, 6.34, 7.44, 9.27, 10.43, 11.34, 12.51. Heerdt und Obercaffel: 7.—, 8.53, 12.—, 4.33, 6.33, 9.30. Von Heerdt nach Obercaffel: 7.8, 9.1, 12.8, 4.41, 6.41, 9.38. Von Gladbach nach Benslo: 8.42, 11.7, 3.10, 6.23, 9.57.

Bei der am 4. Febr. fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 163. Königl. preuss. Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 45000 M. auf Nr. 1862; ein Gewinn von 6000 M. auf Nr. 75495;

34 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 1346 6882 7623 7803 9